

Nukleare oder konventionelle Modernisierung: wohin entwickelt sich die russische Militärmacht?

Umbach, Frank

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Umbach, F. (2001). Nukleare oder konventionelle Modernisierung: wohin entwickelt sich die russische Militärmacht? *Internationale Politik*, 56(10), 41-46. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-122505>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Nukleare oder konventionelle Modernisierung

Wohin entwickelt sich die russische Militärmacht?

von Frank Umbach

Der katastrophale Verlust des U-Bootes „Kursk“ am 12. August 2000 symbolisiert mehr als alle anderen Probleme den Zustand der russischen Streitkräfte und damit der Institution, auf deren Grundlage der frühere sowjetische Supermachtstatus basierte. Bereits zuvor hatte Präsident Wladimir *Putin* mit der Unterzeichnung neuer konzeptioneller Schlüsseldokumente zur Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik den Spagat zwischen Aufrechterhaltung eines russischen Großmachtstatus und den engen ökonomisch-finanziellen Rahmenbedingungen versucht. So wurden im Januar 2000 die neue Nationale Sicherheitskonzeption (NSK), im März eine erste Konzeption zur Marinepolitik, im Mai die neue Militärdoktrin (MD) und im Juni eine neue außenpolitische Konzeption verabschiedet.

Zwar lassen sich alle vier Schlüsseldokumente von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung eines Großmachtstatus, starker Streitkräfte sowie der Bewahrung des nuklearen Gleichgewichts mit den USA leiten, doch sind dabei auch auffallende Divergenzen zu erkennen. Insgesamt war jedoch eine Zunahme militärischer und

außenpolitischer Determinanten gegenüber früheren Schlüsseldokumenten wie der „NSK 1997“ unverkennbar, die die Hauptgefahren der nationalen Sicherheit durch primär innenpolitische Bedrohungsfaktoren definierte. So lassen sich in den neuen Schlüsseldokumenten des Jahres 2000 ein deutlich skeptischeres Weltbild und eine konfrontativere Haltung gegenüber den USA und der NATO konstatieren.

Die Militärreform, die schon seit mehr als zehn Jahren in der Diskussion ist, wird weiterhin von den engen finanziellen Rahmenbedingungen determiniert werden. *Putin* hat inzwischen radikalere Reformpläne forciert, die aber angesichts der unterschiedlichen Parikularinteressen der verschiedenen Teilstreitkräfte, der Rüstungsindustrie und der außen- sowie sicherheitspolitischen Elite des Landes keineswegs kohärent sind und mit vielen Fragezeichen versehen werden müssen. Im Mittelpunkt der innenpolitischen Auseinandersetzungen stehen die Fragen nach den konkreten Bedrohungsszenarien sowie der Zukunft der konventionellen versus nuklearen Streitkräfte. Erst vor diesem Hintergrund einer Analyse dieser Diskussionen wird auch die Politik Russlands gegenüber den amerikanischen Raketenabwehrplänen (NMD/TMD) und der Zukunft des ABM-Vertrags verständlich.

Frank Umbach,
wissenschaftlicher Mitarbeiter im
Forschungsinstitut der DGAP, Berlin.

Seit 1991 sind zahlreiche konkrete Pläne einer Militärreform vom Verteidigungsministerium als auch von zivilen und militärischen Experten in Russland diskutiert worden. Seit diesem Zeitpunkt wurden die russischen Streitkräfte von 2,8 Millionen 1991 auf 1,2 Millionen Soldaten 1999 reduziert. Die tatsächliche Stärke der Streitkräfte lag jedoch erheblich unter der Zahl der offiziellen Dienstposten.

Gleichzeitig hatte Präsident Boris Jelzin nach den blutigen Oktobertagen 1993 die so genannten „anderen Streitkräfte“ (des Innenministeriums, der Grenztruppen u.a.) mittels einer Politik von „teile und herrsche“ quantitativ und qualitativ aufgerüstet, um ein innenpolitisches Gleichgewicht zwischen den Machtministerien zu bewahren. Die Folge war nicht nur, dass Russland 1999 noch immer mehr als 2 136 000 Mann unter Waffen (zusätzlich 960 000 zivile Mitarbeiter in den zwölf Machtministerien und Sicherheitsapparaten) hatte, sondern die regulären Streitkräfte mit den elf anderen Streitkräften um finanzielle Ressourcen, Rekrutierung von Wehrpflichtigen und die konkrete Kommandogewalt konkurrieren mussten. Zusammen sollen sie mehr als ein Drittel des Staatshaushalts absorbiert haben.

Dieser weiterhin „übermilitarisierte Staat“ behindert die politische und wirtschaftliche Entwicklung, wie russische Militärreformer kritisieren. Unter Jelzin blieben die Streitkräfte weitgehend sich selbst überlassen. Damit war die Militärreform im Prinzip der Institution übertragen worden, die es zu reformieren galt.

Im Sommer 1999 hatte das Verteidigungsministerium größte Schwierigkeiten, 60 000 Soldaten für die Invasion in Tschetschenien bereitzustellen. So mussten mehr als 40 000 Soldaten aus den anderen Streitkräften mobilisiert werden, um das operative Minimum von 100 000 Soldaten sicherzustellen. Diese Probleme führten zur Entscheidung des damaligen Ministerpräsidenten *Putin*, eine wirkliche Militärreform in Angriff zu nehmen.

Trotz geringer Moral in der Truppe, ungezahlter und zu niedriger Löhne, einem riesigen Schuldenberg, Massendesertion, steigender Kriminalität und ausufernder Korruption, Rekrutierungsproblemen bei Vertragssoldaten und Jungoffizieren, mangelnder Einsatzfähigkeit aufgrund fehlenden Trainings und nicht vorhandener Ersatzteilbevorratung, unzureichender Bildung, ungelöster Gewalttätigkeit in den Kasernen, zerfallender Infrastruktur (die selbst ein Sicherheitsproblem darstellt) und 420 000 Armeeangehörigen ohne Wohnung wollen nach Ansicht des Militärjournalisten Aleksandr Golz die Generäle dennoch keine wirkliche Militärreform, wie die Kommandostabsübungen mit Nuklearkriegsszenarien im Juni 1999 („Zapad-99“) und jene vom Frühjahr diesen Jahres deutlich gezeigt haben.

Vor diesem Hintergrund überrascht es auch nicht, dass noch immer wesentliche Teile von Militärausgaben in anderen Haushalten versteckt sind, so dass auch die Duma und ihr Verteidigungskomitee zu einer echten zivil-parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte nicht fähig sind. Die tatsächlichen Verteidigungs-

ausgaben liegen demnach auch nicht bei den offiziell verkündeten 2,64%, sondern real zwischen 5 und 6% des BIP, wie russische Experten bestätigen. Allerdings hatten die Streitkräfte auch nur einen Teil der in den neunziger Jahren zugewiesenen Mittel tatsächlich erhalten.

Neukonzeptionen

Seit der Ernennung des Oberbefehlshabers der Strategischen Raketentruppen (SRT) Igor *Sergejew* zum Verteidigungsminister im Mai 1997 sollen zeitweise bis zu 80 bis 90% der Rüstungsprojektmittel seiner früheren Teilstreitkraft zugeflossen sein, was den Zustand der konventionellen Streitkräfte drastisch verschlechterte. Gerechtfertigt wurde dies von *Sergejew* als auch von vielen zivilen außen- und sicherheitspolitischen Experten stets mit dem Hinweis, dass das nukleare Gleichgewicht mit den USA und der NATO unter allen Umständen bewahrt werden müsse. In der Tat bildeten die Nuklearstreitkräfte Russlands das letzte Attribut eines „virtuellen“ Großmachtstatus, dessen ökonomische Fundierung allerdings immer fragwürdiger wird.

Vor diesem Hintergrund präsentierte Generalstabschef Anatolij *Kwaschnin* auf einer Sitzung des Kollegiums des Verteidigungsministeriums am 12. Juli 2000 radikale Vorschläge zur Neukonzeption des Aufbaus der russischen Streitkräfte bis zum Jahr 2016, die im wesentlichen auf eine bevorzugte Entwicklung der konventionellen Streitkräfte zu Lasten der SRT

hinausliefen. Nach diesem „Staatsstreich im Militärapparat“ sollten bereits 2001 die Weltraumstreitkräfte und die Raketen-Weltraumverteidigung ausgegliedert und dem Generalstab unterstellt werden, nachdem *Sergejew* sie 1997 aus der Luftverteidigung ausgegliedert und den SRT angeschlossen hatte. Bis 2003 sah *Kwaschnin* eine Reduzierung des Status der SRT von der Teilstreitkraft zu einer Waffengattung vor, die er den Luftstreitkräften angliedern wollte. Danach würden die russischen Streitkräfte zu einer klassischen Dreiteilung von Land-, Luft- und Seestreitkräften übergehen. Zudem sollten die SRT unilateral bis zum Jahr 2003 von 19 auf zwei Divisionen verringert und dabei auf 150 Interkontinentalraketen (ICBM) sowie 500 bis 1500 Sprengköpfe abgerüstet werden. Faktisch bedeutete dies eine einseitige Abrüstung von mehr als 400 der gegenwärtig insgesamt 780 ICBM, deren Großteil allerdings ohnehin aus technischen Alterungsgründen und vertraglichen Regelungen (START-II) aus dem Dienst genommen werden muss.

Diese Vorstellungen trafen sofort auf massiven Widerstand nicht nur *Sergejews*, sondern auch zahlreicher anderer hoher Offiziere und ziviler Militärexperten. *Putin* war aufgrund der Polarisierung innerhalb der Generalität gezwungen, eine Grundsatzentscheidung herbeizuführen, um weitere Erosions- und interne Zerfallstendenzen zu vermeiden.

Die Vorschläge des Generalstabschefs zu einer „Denuklearisierung“ waren auch deshalb brisant, weil sie eine deutliche Abkehr von der „Nu-

klearisierung“ der Verteidigungspolitik bedeuteten, wie sie in der „NSK 2000“ und der „MD 2000“ durch die Aufwertung vor allem substrategischer Nuklearwaffen kodifiziert worden waren. *Kwaschnins* Schlussfolgerungen basierten auf der realistischen Bedrohungsanalyse, dass nicht so sehr die USA und NATO Russland bedrohen, sondern primär ethnisch-religiöse Konflikte (Tschetschenien-Konflikt) im Süden des Landes, bei denen strategische Nuklearwaffen keine Lösung versprechen.

Auf der andern Seite waren allerdings seine Erwartungen von großen Einsparmöglichkeiten bei Reduzierungen der SRT überzogen. 1999 sollen die SRT 18% und 2000 nur 10% der gesamten Verteidigungsausgaben konsumiert haben. Allerdings gingen gleichzeitig 40 bis 60% aller Finanzmittel für Forschung und Entwicklung und über 80% für Rüstungsbeschaffung an die SRT. Da weniger die Raketen sondern die dazugehörige „C⁴I“-Infrastruktur (u.a. Frühwarn- einrichtungen und -satelliten) wesentlich mehr Gelder verschlingen (80% der Militärsatelliten müssen ersetzt werden), soll der Einspareffekt der Reformvorschläge *Kwaschnins* lediglich 19 Milliarden Rubel in 15 Jahren (0,7% des geplanten Verteidigungshaushalts dieses Zeitraumes) ausmachen. Des Weiteren würden auch die unilateralen nuklearen Abrüstungsschritte erhebliche Neuinvestitionen für die sichere Lagerung und Zerlegung der Sprengköpfe sowie ballistischen Raketen erfordern. Zudem würde die von *Kwaschnin* vorgeschlagene Produktionsrate von le-

diglich zwei neuen ICBM pro Jahr zum Ruin von 200 Lieferfirmen in der Rüstungsindustrie führen.

Auch wenn ein Teil dieser Gegenargumente überzogen ist, steht Russland dennoch vor dem grundlegenden Problem, eine strategische Entscheidung zwischen erheblichen Investitionen in neue strategische Nuklearwaffensysteme oder einer Reduzierung seines Nuklearwaffenarsenals treffen zu müssen. *Kwaschnins* Radikalvorschlag, die Modernisierung der konventionellen Streitkräfte sogar durch unilaterale Abrüstung strategischer Nuklearwaffensysteme Russlands zu beschleunigen und nicht von reziproken Verhalten und Kompromissen der USA bei START-III, dem ABM-Vertrag und ihrer Nuklearwaffenrüstung abhängig zu machen, musste lautstarke Kritik hervorrufen. Der Vorschlag war jedoch auch ein Eingeständnis des Zustands der konventionellen Streitkräfte und spiegelte die Fixiertheit russischer Bedrohungsszenarien auf die USA und NATO wider.

Als Präsident *Putin* am 16. Januar 2001 seinen „Plan für den Aufbau der Streitkräfte bis 2005“ billigte, stellte sich heraus, dass er im wesentlichen den Plänen *Kwaschnins* folgte, auch wenn sein Plan einen politischen Kompromiss darstellte. Danach sollen alle Streitkräfte um insgesamt 600 000 Dienstposten verringert werden, wovon 365 000 Mann auf die regulären Streitkräfte entfallen: so würden die regulären Streitkräfte von 1,2 Millionen auf 835 000 Mann reduziert.¹ Die „anderen Truppen“ sollten ursprünglich um 60 000, nach der

Sitzung am 9. November 2000 um 105 000 Mann plus 120 000 Zivilangestellte reduziert werden. So soll der Anteil der Personalausgaben am Wehretat von 80 auf 50% gesenkt werden.

Sergejew wurde am 28. März 2001 entlassen und zum Assistenten *Putins* für „Probleme der strategischen Stabilität“ berufen. Aber nicht *Kwaschnin*, sondern der enge Putin-Vertraute und Sekretär des mächtigen Sicherheitsrates, *Sergej Ivanow*, wurde zum neuen Verteidigungsminister ernannt. Dieser forciert nun die Reformen mehr zugunsten der konventionellen Streitkräfte, in deren Zuge er auch das von *Jelzin* und *Sergejew* 1997 aufgelöste Oberkommando der Landstreitkräfte zum 1. April 2001 wiedergeschaffen hat. Zudem hat er den Ambitionen *Kwaschnins* und seiner Instrumentalisierung des Generalstabs einen Riegel vorgeschoben.

Die neuen Reduzierungen schaffen jedoch auch neue Verteidigungsprobleme. Dies gilt vor allem für den Fernen Osten, wo künftig nur noch 80 000 Mann der Landstreitkräfte mehr als zwei Millionen Soldaten Chinas gegenüberstehen und eine mehr als 4000 km lange Grenze zu bewachen haben. Zudem könnte sich in der Zukunft Chinas strategische Nuklearwaffenrüstung bis zum Jahr 2010 von 300 Sprengköpfen auf 600 bis 900 erhöhen und damit die russische Nuklearwaffenabschreckung fragwürdig werden.

Die Diskussionen über die Einführung einer Berufarmee scheinen auf Eis gelegt; dies gilt auch für die in der Verfassung verankerte Einführung eines alternativen Zivildienstes.

Putins Streitkräftereduzierungen und die stärkere Modernisierung der konventionellen Streitkräfte signalisieren, dass die politische Führung und Teile des Militärestabes dabei sind, sich von den alten Bedrohungsszenarien des Kalten Krieges langsam zu verabschieden. Doch die Reduzierungen allein bedeuten keine automatische Verbesserung der Einsatzfähigkeit der Streitkräfte. Zudem ist nicht sicher, ob die Kürzungen ausreichen, um die internen und operativen Probleme der Streitkräfte zu überwinden. Zwar hat *Putin* die Verteidigungsausgaben 2001 um 50% (!) für das laufende Jahr erhöht und eine weitere Steigerung um 25% für 2002 angekündigt, doch wird Russland kaum neue Hauptwaffensysteme bis 2010 erhalten. Zudem haben die Streitkräfte nicht wirklich 50% mehr erhalten. Vielmehr wurden bislang in anderen Etats versteckte Militärausgaben (wenn auch nicht alle) nun im offiziellen Verteidigungshaushalt deklariert.

Perspektiven

Während hinsichtlich der kontroversen Modernisierungspläne *Kwaschnins* von einer „Denuklearisierung“ der Verteidigungspolitik gesprochen werden kann, muss seit 1992 eine stetig zunehmende „Nuklearisierung“ hinsichtlich der Aufwertung der substrategischen Nuklearwaffen konstatiert werden. Die Frage nach der Absenkung der nuklearen Schwelle bis auf die regionale Ebene oder sogar lokale Ebene ethnisch-religiöser Konflikte wird weit-

gehend unbeantwortet bleiben und primär von den konkreten Fähigkeiten der konventionellen Streitkräfte in „low-intensity“-Konflikten abhängen als von Formelkompromissen (wie in der NSK 2000 oder MD 2000). Diese militärpolitischen Diskussionen in Russland, die nicht so sehr auf eine nukleare Abschreckung, sondern konkrete Kriegführungsfähigkeit auf den jeweiligen Ebenen zielen, sollten im westlichen Eigeninteresse mit größerer Aufmerksamkeit verfolgt und im Rahmen des NATO-Russland-Rates sowie anderer gemeinsamer Diskussionsforen ausgiebig diskutiert werden. So schließen russische Militärexperten auch nukleare Präventivschläge in nicht näher definierten „Krisensituationen“ keineswegs aus.²

Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Bedrohungsperzeptionen ist es unverständlich, warum renommierte zivile Militärexperten am russischen Großmachtstatus und der Priorität einer Modernisierung der strategischen Nuklearstreitkräfte festhalten, obwohl sie selbst nicht ernsthaft an eine konkrete Bedrohung Russlands durch einen amerikanischen Erstschlag mit strategischen Nuklearwaffen glauben, während gleichzeitig die Gefahren einer nuklearen Eskalation lokaler und regionaler konventioneller Konflikte aufgrund der Zerfallstendenzen der konventionellen

Streitkräfte stetig zunehmen. Reduzierungen der strategischen Nuklearwaffenarsenale bilden langfristig sehr wohl die Voraussetzung, die internen Probleme der Streitkräfte zu lösen und die technische Wartung und somit Sicherheit des strategischen Nuklearwaffenarsenals Russlands zu verbessern. Gleichwohl darf auch im Westen die psychologische Bedeutung der russischen Nuklearwaffen nicht übersehen werden: Russland hat seine konventionelle Überlegenheit in Europa und Asien verloren, und Nuklearwaffen sind als einziges Attribut des russischen Großmachtstatus übrig geblieben. Dennoch wird die Bedeutung der strategischen Nuklearwaffen für die konkrete Verteidigungspolitik Russlands im nächsten Jahrzehnt weiter abnehmen.

Der schreckliche terroristische Anschlag auf das World Trade Center am 11. September wird auch auf die russische Verteidigungspolitik wichtige Auswirkungen haben und dürfte die Fokussierung auf die konventionellen Streitkräfte stärken und die Argumente der „Atom-Lobby“ und „Raketen-Mafia“ weiter schwächen. Russland wird sich mehr denn je auf seine eigentlichen Bedrohungsszenarien im Süden des Landes konzentrieren müssen. Dies könnte auch neue Kooperationsformen mit der NATO und den USA ermöglichen.

Anmerkungen

¹ Vgl. hierzu Franz *Walter*, Putin und das Militär, in: *Osteuropa*, 12/2000, S. 1316–1328.

² Vgl. Vladimir *Sacharov*, Regionalye ugrozy Rossii i jadernyj faktor, PIR Centre Paper (Moskau), Nr. 14, S. 32 und *Umbach*, Russlands neue Militärdoktrin und die Absen-

kung der nuklearen Schwelle, in: Helmut W. *Ganser*/Herbert *Kraus*, Sicherheitspolitische Risiken und Strategien im 21. Jahrhundert und europäische Handlungsfähigkeit, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg, Juli 2000, S. 31–53.